

910/3

**Ergänzender Bericht zur Studie KSZE - MBFR;
schweizerische militärpolitische
und militärstrategische Überlegungen vom 1.12.72**

August 1973



Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>1. Die militärpolitische Lage in Europa</u>	1
1. <u>Die militärpolitische Lage in Europa Ende 1972</u>	1
1.1. Das Kräfteverhältnis in Europa Ende 1972	1
1.2. Die strategische Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren	3
1.3. Die Entwicklung der militärischen Anstrengungen der Sowjetunion in jüngster Zeit	4
1.4. Zusammenfassung	5
<u>2. Uebersicht über die Weiterentwicklung der beiden Verhandlungszyklen KSZE und MBFR seit Anfang 1973</u>	6
2.1. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)	6
2.1.1. Chronologie	6
2.1.2. Ergebnis der bisherigen Arbeit	6
2.1.3. Folgerungen	7
2.2. Beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR)	8
2.2.1. Chronologie	8
2.2.2. Stand der Verhandlungen nach Abschluss der Vorbereitungsgespräche	8
2.2.3. Folgerungen	9
<u>3. Schlussbemerkungen</u>	11

1. Die militärpolitische Lage in Europa1.1. Das Kräfteverhältnis in Europa Ende 1972

Jede Analyse der im europäischen Raum stationierten militärischen Kräfte hat auszugehen vom Verhältnis zwischen den Supermächten auf der globalen Ebene. Dieses ist im wesentlichen bestimmt durch das Vorhandensein und die Weiterentwicklung der strategischen Nuklearwaffensysteme. Es hat sich in den letzten Jahren in fast allen Bereichen zugunsten des Ostblocks verschoben. Auf dem Gebiete der landgestützten Interkontinentalraketen hat die Sowjetunion die Vereinigten Staaten zahlenmässig deutlich überholt und führt heute mit 1618 gegenüber 1054 auf amerikanischer Seite. Aber auch im Bereich der IRBM, MRBM und SLBM weist die USSR ein beträchtliches Uebergewicht auf. Die USA können dagegen für sich einen Vorsprung in der Technik der Mehrfachsprengköpfe in Anspruch nehmen.

In diesem Zusammenhang muss auf SALT hingewiesen werden. SALT I hat zwar eine Beschränkung der Raketenabwehrsysteme beider Grossmächte sowie ein Interimsabkommen über die zahlenmässige Begrenzung der strategischen Angriffswaffen gezeitigt. Dies bedeutet aber auf keinen Fall das Ende des Wettrüstens. Der qualitativen Weiterentwicklung sowie der Entwicklung anderer Fernwaffenarten wird einstweilen noch völlig freies Spiel gelassen.

-
- IRBM: Intermediate Range Ballistic Missile
ballistischer Flugkörper der Reichweiten zwischen 2700 und 7200 km
- MRBM: Medium Range Ballistic Missile
ballistischer Flugkörper im Bereich bis 2700 km
- SLBM: Submarine Launched Ballistic Missile
von U-Booten gestarteter ballistischer Flugkörper
- SALT: Strategic Arms Limitation Talks
Abkommen über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT I am 26.5.1972 abgeschlossen)

Neueste Untersuchungen haben gezeigt, dass schon ein geringfügiges qualitatives Uebergewicht der einen oder anderen Seite das an sich schon labile Gleichgewicht in Frage stellen kann. Es ist zu erwarten, dass die Supermächte ihre Anstrengungen nun hauptsächlich auf die MIRV und die U-Boot-Abwehr verlagern werden.

Da der USSR nur 200 ABM zugesprochen sind, bleibt auch den Nuklearstreitkräften Frankreichs und Grossbritanniens die Möglichkeit erhalten, empfindliche Schläge gegen sowjetische Industriezentren und Städte zu führen, dies umso mehr, als die beiden Staaten das Schwergewicht in zunehmendem Masse auf seegestützte Nuklearraketen legen.

Auf diesem Hintergrund ist eine Betrachtung des Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt vorzunehmen.

Europa bietet nach wie vor das Bild stärkster militärischer Konzentration. Die Streitkräfte der Sowjetunion zählten Ende 1972 169 Divisionen. Im europäischen Teil des Ostblocks kann der Warschauer Pakt neben 113 sowjetischen noch über 55 Divisionen der Verbündeten, also über 168 Divisionen mit rund 39'000 Kampfpanzern verfügen. Dazu kommen noch 13'000 Panzer als Materialreserve. Die in Polen, der DDR, der CSSR und Ungarn stationierten 32 sowjetischen Divisionen sowie die Mehrzahl der Satellitendivisionen sind einsatzbereit.

Diesen Kräften stellen die NATO und Frankreich Verbände im Kampfwert von 75 Divisionen mit rund 7500 Kampfpanzern entgegen.

Während die Divisionen des Warschauer Paktes weitgehend nach sowjetischem Vorbild ausgerüstet und organisiert sind, weisen die NATO-Divisionen grosse nationale Unterschiede auf, welche den gemeinsamen Einsatz nur erschweren dürften.

-
- MIRV: Multiple Independently Targetable Re-entry Vehicles
Raketen mit unabhängig zielbaren Sprengköpfen
- ABM: Anti Ballistic Missile
Raketensysteme zur Abwehr strategischer Angriffsraketen

Auch im Bereich der Luftstreitkräfte ergibt sich ein ähnliches Bild. Das Kräfteverhältnis hat sich in den vergangenen Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ zugunsten des Warschauer Paktes verändert. Den rund 3600 Kampfflugzeugen der NATO und Frankreichs stehen zur Zeit etwa 8600 der Warschaupaktarmeen gegenüber.

Eine Gegenüberstellung der Kriegsflotten in einzelnen Regionen ist angesichts der Mobilität der Schiffe problematisch. Festhalten kann man aber, dass die Sowjetunion grosse Anstrengungen unternimmt, ihre maritime Präsenz auszubauen. In ihrer Flotte steht der USSR ein modernes, vorzüglich bewaffnetes Instrument zur Verfügung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die sowjetischen Kräfte in Europa stärker sind, als es für die Verteidigung gegen die NATO-Streitkräfte und für die Beherrschung der inneren Lage in Osteuropa erforderlich wäre. Dazu kommt, dass die Vollmechanisierung der grossen Verbände, der ausgedehnte Fahrbereich der Panzerfahrzeuge, die Verstärkung der Helikopterverbände, die amphibische Kapazität der Flotte usw die Fähigkeit zu offensiven Operationen gesteigert haben.

1.2. Die strategische Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren

Besonders eindrücklich wird die Bedeutung der sowjetischen Rüstungsanstrengungen auf dem Hintergrund der strategischen Entwicklung des vergangenen Jahrzehntes.

- 1963 war die Bedrohung der NATO - Nordflanke noch wenig offensichtlich. Heute jedoch kreuzen Schiffe der sowjetischen Marine ständig vor den skandinavischen und britischen Küsten, während die nordischen Staaten bestrebt sind, ihre Wehranstrengungen zu verringern. Die heu-

tige schwedische Finanzplanung kann zur Folge haben, dass das Verteidigungspotential in den nächsten 10 bis 15 Jahren wesentlich verringert wird.

- 1963 gehörte der Mittelmeerraum zur westlichen Einflussphäre. Heute stehen das östliche Mittelmeer und die Randzonen unter einem starken Einfluss der USSR. Als bedeutendes Machtinstrument kreuzt die 3. sowjetische

Eskadra in diesem Raum und bildet ein ernstzunehmendes Gegengewicht zur 6. US-Flotte und zu den Seestreitkräften der NATO-Staaten im Mittelmeerraum.

- 1963 wurde die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschirms für Europa nicht angezweifelt. Europa konnte sich deshalb sowjetischen Ansprüchen entschieden widersetzen. Heute reduziert es seine militärischen Anstrengungen und läuft damit Gefahr, dass auch die Bereitschaft der USA, militärisch zum Schutze Europas einzugreifen, mehr und mehr in Frage gestellt wird.

Hinzu kommen in jüngster Zeit Wirtschafts-, Finanz- und Handelsprobleme, welche die amerikanisch-europäischen Beziehungen belasten und einen grossen Einfluss auf die Sicherheitspolitik der atlantischen Gemeinschaft haben. So ist man in den USA der Ansicht, dass die Schwierigkeiten der eigenen Wirtschaft u.a. auf die Konkurrenz durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zurückzuführen sei. Ebenfalls glaubt man, dass Europa, im Verhältnis zu seinen Möglichkeiten, zu geringe finanzielle Lasten für die Verteidigung trage.

In Europa aber wird die Meinung vertreten, dass den bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion künftig der Vorrang gegenüber den Verpflichtungen im westlichen Bündnissystem eingeräumt werden könnte. Nicht zuletzt hat das amerikanisch-sowjetische Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen diese Befürchtungen noch verstärkt. Wenn sich die gegenseitigen Beziehungen nicht verschlechtern sollen, müssen die USA und Europa nach einem neuen politischen Rahmen für ein künftiges Verhältnis, das auch den verschiedenen Eigeninteressen Rechnung trägt, suchen.

1.3. Die Entwicklung der militärischen Anstrengungen der Sowjetunion in jüngster Zeit

Der gedrängte Vergleich zwischen der militärpolitischen Lage vor zehn Jahren und der heutigen Situation darf nicht den Eindruck erwecken, als ob die Entwicklung abgeschlossen sei. Es ist deutlich erkennbar, dass die militärischen Anstrengungen der Sowjetunion weiterhin zunehmen. Insbesondere

ist eine beständige und bedeutende Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte in den Satellitenstaaten festzustellen. Es hat sich gezeigt, dass seit 1969 die Zahl der den Armeen und Divisionen direkt unterstellten Verbände vergrössert worden ist. Mit Ausnahme des Auftretens einer neuen Panzerdivision in Polen hat sich zwar die Anzahl der sowjetischen Divisionen in den Satellitenstaaten nicht verändert. Dagegen sind neue Kampfverbände in grösserer Zahl in die Divisionen und Regimenter eingegliedert worden. Auch die Feuerkraft aller Formationen auf allen Stufen ist durch die Zuteilung von neuem Material beträchtlich verstärkt worden.

Hand in Hand mit diesen Massnahmen zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft geht eine schon seit längerer Zeit andauernde Verschiebung von neuem sowjetischen Material in die Satellitenstaaten vor sich. Dieses Material ist nicht für die Streitkräfte der Satelliten, sondern ausschliesslich für die sowjetischen Verbände bestimmt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist das alte Material vollumfänglich in den Satellitenstaaten belassen worden. Die Vermutung liegt nahe, dass es der Ausrüstung der neu aufgestellten Verbände dient. Dieser Sachverhalt ist kaum je in die Beurteilung des Kräfteverhältnisses einbezogen worden. Im Zeitpunkt, da überall von Entspannung gesprochen wird, ist diese eindrückliche Verstärkung der sowjetischen Macht, welche 1969 begonnen hat und Ende 1972 klar erkannt worden ist, Ausdruck einer zielstrebigen Politik, die auf dem Hintergrund der Schwierigkeiten der westlichen Staaten (nicht nur der NATO), das Verständnis für die Notwendigkeit der Wehranstrengungen zu erhalten, als äusserst gefährlich beurteilt werden muss.

1.4. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Europa genügend Machtmittel vorhanden sind, um einen Konflikt jederzeit kurzfristig in eine bewaffnete Auseinandersetzung ausmünden zu lassen. Im europäischen Raum besteht allein schon wegen des militärischen Kräfteverhältnisses eine latente Kriegsgefahr. Vorläufig scheint die amerikanische Truppenpräsenz, verbunden mit der Fähigkeit zum Einsatz von Kernwaffen eine Garantie dafür zu sein, dass der Mechanismus der gegenseitigen Abschreckung funktioniert. Die Lage bleibt aber angesichts des labilen Kräfteverhältnisses sehr unsicher.

2. Übersicht über die Weiterentwicklung der beiden Verhandlungszyklen KSZE und MBFR seit Anfang 1973

2.1. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

2.1.1. Chronologie

- . 8. Juni 1973 Abschluss der Vorgespräche auf Botschafter-Ebene in Helsinki. Verabschiedung der "Schlussempfehlungen der Helsinki-Konsultationen" zu Handen der Tagung der Aussenminister.
- . 3. Juli - 7. Juli 1973 1. Phase der eigentlichen KSZE: Treffen der Aussenminister aus 35 Staaten. Grundsatzerkklärungen und Genehmigung der durch die Botschafter erarbeiteten "Schlussempfehlungen der Helsinki-Konsultationen". Beschlussfassung über Ort und Beginn der 2. Phase.
- . Vorgesehener Beginn der 2. Phase am 18. September 1973 in Genf, wo im Rahmen von Experten-Kommissionen/Unterkommissionen die einzelnen Traktanden der "Schlussempfehlungen" bearbeitet werden sollen.

2.1.2. Ergebnis der bisherigen Arbeit

- Im ersten Kapitel der "Schlussempfehlungen" werden die Fragen der Sicherheit in Europa behandelt. In der Einführung zu diesem Kapitel werden die Leitgedanken in Erinnerung gerufen, welche die Beziehungen zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten verbessern und fördern sollen. Der Katalog der für die weiteren Verhandlungen grundlegenden Prinzipien versucht sowohl den Hauptforderungen der Oststaaten (Unverletzlichkeit der Grenzen) wie auch denjenigen des Westens (Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten) Rechnung zu tragen. Der von der Schweiz eingebrachte Vorschlag zur friedlichen Regelung von Streitgesprächen figuriert ebenfalls auf dieser Liste.
- Die militärischen Aspekte werden in einem besonderen Abschnitt wie folgt behandelt:

"Die Kommission/Unterkommission soll die Tatsache berücksichtigen, dass die Teilnehmerstaaten den Wunsch haben, jegliche

Spannungsursachen, die zwischen ihnen bestehen können, zu beseitigen und zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt beizutragen, wobei sie der Tatsache Rechnung trägt, dass Bemühungen zur Abrüstung die politische Entspannung ergänzen und wesentliche Elemente in einem Prozess darstellen, an dem alle Teilnehmerstaaten ein lebenswichtiges Interesse haben.

Um das Vertrauen zu stärken und die Stabilität und Sicherheit zu erhöhen, soll die Kommission/Unterkommission der Konferenz geeignete Vorschläge über vertrauensbildende Massnahmen unterbreiten, wie die vorherige Ankündigung grösserer militärischer Manöver auf einer von der Konferenz festzulegenden Grundlage und den Austausch von Beobachtern bei militärischen Manövern auf Einladung und unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen. Die Kommission/Unterkommission prüft ausserdem die Frage einer vorherigen Ankündigung grösserer militärischer Bewegungen und unterbreitet ihre Schlussfolgerungen. Die Kommission/Unterkommission soll den Ansichten gebührende Aufmerksamkeit schenken, die von Teilnehmerstaaten über die verschiedenen, in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Themen zum Ausdruck gebracht werden, sowie über das besondere Interesse, das sie ihnen beimessen, besonders unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen Sicherheit und ihres Wunsches, über die einschlägigen Entwicklungen unterrichtet zu werden".

2.1.3. Folgerungen

- Das Ergebnis der bisherigen Gespräche und der Inhalt der "Schlussempfehlungen" könnten zusammenfassend als eine "Auslegeordnung" der gesamten Problematik bezeichnet werden. Sie lassen den Gang der künftigen Verhandlungen in jeder Hinsicht offen. Erst die 2. Phase, die eigentliche Arbeitsphase, wird zeigen, ob ein echter Wille zur Entspannung und Zusammenarbeit besteht.
- Es scheint festzustehen, dass eine institutionelle Verbindung zwischen der KSZE und MBFR nicht zustande kommen wird. Die

"Schlussempfehlungen" enthalten lediglich den allgemein formulierten Wunsch, dass die Teilnehmer ihre besonderen Interessen im Zusammenhang mit Abrüstungsbemühungen zum Ausdruck bringen können und über einschlägige Entwicklungen unterrichtet werden.

2.2. Beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen (MBFR)

2.2.1. Chronologie

- . Am 31. Januar 1973 Beginn der Gespräche in Wien. Anwesend waren 19 Delegationen. Rasche Stagnation der Vorgespräche, da keine Einigkeit über den Teilnehmerkreis bzw den Status der Flankenländer erzielt werden konnte.
- . Nach 3-monatigem Tauziehen anfangs Mai Abschluss der "Informellen Kontaktgespräche". Für den wichtigsten Streitpunkt, die Teilnahme Ungarns, wird eine Kompromisslösung gefunden. Ungarn erhält vorläufig den Status eines Beobachters. Dem Westen soll allerdings die Zusage gemacht worden sein, dass diese Frage vor der eigentlichen Konferenz im Herbst nochmals besprochen würde.
- . Am 14. Mai 1973 erste Plenarsitzung der an den Vorbereitungsgesprächen beteiligten 12 NATO-Länder und 7 Staaten des Warschauer Paktes (WAPA).
- . Am 28. Juni 1973 Abschluss der Vorbereitungsgespräche.
- . Vorgesehener Beginn der eigentlichen Verhandlungen am 30. Oktober 1973.

2.2.2. Stand der Verhandlungen nach Abschluss der Vorbereitungsgespräche

- An den eigentlichen Verhandlungen werden folgende 11 Staaten als entscheidungsberechtigte Vollmitglieder teilnehmen:
NATO: USA, Kanada, Grossbritannien, BRD, Belgien, Holland, Luxemburg. WAPA: USSR, Polen, CSSR, DDR. - 8 Staaten werden lediglich Antrags- und Mitspracherecht haben: NATO: Norwegen, Dänemark, Italien, Griechenland, Türkei. WAPA: Ungarn, Bulgarien, Rumänien.

- Die Frage der Bezeichnung der Konferenz ist noch offen. In einem gemeinsamen Communiqué einigten sich die Parteien zwar auf den Ausdruck: "Gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstung und damit zusammenhängende Massnahmen in Mitteleuropa" (im englischen Originaltext: "Mutual reduction of forces and armements and associated measures in Central Europe"). Die NATO wird sich jedoch, nach Aussage ihres Sprechers in Wien, bis auf weiteres der Abkürzung "MBFR" bedienen, also den Buchstaben B (balanced = ausgewogen) beibehalten.
- Die Tagesordnung der kommenden Verhandlungen ist noch nicht festgelegt worden. Es erfolgte darüber, wie der Sprecher der NATO ausführte, nur ein "vorläufiger Meinungs austausch", wobei das mögliche allgemeine Ziel darin bestehen soll, "zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen".

2.2.3. Folgerungen

- . Für die Situation am Schluss der Vorbereitungsgespräche sind folgende Fakten wesentlich:
 - Die westliche Seite ist auf das Begehren des Ostblocks eingegangen, Ungarn aus dem Kreis der vollberechtigten Gesprächspartner auszuklammern.
 - Abgesehen von der Ungarn-Frage entspricht die getroffene Regelung über Auswahl und Status der Teilnehmer grundsätzlich dem Konzept des Westens, der eine Truppenreduktion auf Mitteleuropa beschränkt wissen will und sie nicht auf die sogenannten Flankenländer ausdehnen möchte.
 - Seitens der NATO wird ferner betont, dass beide Seiten übereingekommen sind, einen Truppenabbau in Mitteleuropa durch "damit zusammenhängende Massnahmen" zu ergänzen. Darunter könne man verstehen: Vorkehrungen, welche die Gefahr einer Fehleinschätzung und die Furcht vor Ueberraschungsangriffen verringern sollten, also etwa gegenseitige Kontrolle und ein gegenseitiger Informationsaustausch über Truppenbewegungen.

. Aus schweizerischer militärpolitischer Sicht ist die Frage der Stellung Ungarns von unmittelbarer Bedeutung:

- Eine Ausklammerung Ungarns aus dem Reduktionsraum gibt der USSR die Möglichkeit, aus der DDR, Polen oder der CSSR abgezogene Truppenteile und/oder Waffensysteme nicht nach Weissrussland und der Ukraine, sondern nach Ungarn zu verschieben, damit also Ungarn zum Hauptarsenal und strategischen Sprungbrett zu machen. Dies umso mehr als die Westgrenze Ungarns ungefähr auf dem gleichen Längengrad liegt wie die Ostgrenze der DDR. Ein nicht in den Reduktionsraum einbezogenes Ungarn würde zum "südlichen Balkon des WAPA".
- In Ungarn stationierte strategische Reserven bedrohen potentiell Rumänien, Jugoslawien, Italien, Oesterreich und Bayern. Diese Reserven könnten im Falle eines Konfliktes im mitteleuropäischen Raum entweder über Jugoslawien gegen die Po-Ebene und /oder gegen den süddeutschen Raum angesetzt werden. In beiden Fällen ergäbe sich eine akute Verschlechterung unserer sicherheitspolitischen Lage.

Es erscheint deshalb fest undenkbar, dass eine Reduktionsformel gefunden werden könnte, welche dem Sicherheitsbedürfnis aller interessierten Staaten in gleichem Masse entspräche.

- Es ist leicht einzusehen, dass eine Entwicklung, welche die bestehende Asymmetrie der Kräfte bestätigt oder noch verstärkt, auch erhöhte Risiken für unser Land mit sich bringen würde. Die Schweiz wird, da sie als neutraler Staat nicht zu den MBFR-Gesprächen eingeladen wurde, auf deren Verlauf bestenfalls über das Podium der KSZE einen geringen Einfluss gewinnen können. Es liegt in ihrem Interesse, im Rahmen der ihr gebotenen Möglichkeiten zu betonen,

3. Schlussbemerkungen

- Die Betrachtung aller Fakten lässt erkennen, dass die gegenwärtig in Europa durchgeführten Verhandlungen und Gespräche über Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit in mancher Hinsicht voneinander abhängig sind. Dabei muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass parallel zu den multilateralen MBFR-Gesprächen die bilateralen SALT II-Verhandlungen zwischen den USA und der USSR laufen. Auf der Nahtstelle zwischen beiden Verhandlungszyklen steht die Frage der vorgeschobenen Waffensysteme der USA ("Forward Based Systems", FBS). Bei den FBS handelt es sich im wesentlichen um die in Europa oder in europäischen Gewässern stationierten amerikanischen für Nukleareinsatz ausgerüstete Kampfflugzeuge und landgestützte Raketen. Da nun die USSR, im Gegensatz zu den USA, diese Trägerwaffensysteme als strategische Waffen bezeichnet, ist die Frage, ob die FBS Gegenstand von SALT II oder MBFR sein werden, heute noch ungeklärt. Der Entscheid hierüber kann das Problem der europäischen Sicherheit nachhaltig beeinflussen.
- Bei allen Mutmassungen über die Möglichkeiten eines Truppenabbaus in Europa kann nicht an der Tatsache vorbeigesehen werden, dass heute vor allem im konventionellen Bereich ein massives Uebergewicht des WAPA besteht und dass dieses sich laufend verstärkt.
Es erscheint deshalb fast undenkbar, dass eine Reduktionsformel gefunden werden könnte, welche dem Sicherheitsbedürfnis aller interessierten Staaten in gleichem Masse entspräche.
- Es ist leicht einzusehen, dass eine Entwicklung, welche die bestehende Asymmetrie der Kräfte bestätigt oder noch verstärkt, auch erhöhte Risiken für unser Land mit sich bringen würde. Die Schweiz wird, da sie als neutraler Staat nicht zu den MBFR-Gesprächen eingeladen wurde, auf deren Verlauf bestenfalls über das Podium der KSZE einen geringen Einfluss gewinnen können. Es liegt in ihrem Interesse, im Rahmen der ihr gebotenen Möglichkeiten zu betonen,

- = dass eine fruchtbare Diskussion über Sicherheit in Europa nur möglich ist, wenn ein sachlicher Zusammenhang mit den MBFR-Gesprächen hergestellt wird;
- = dass nur ein effektiv ausgewogener Abbau der militärischen Kräfte in Europa mehr Sicherheit bringen wird;
- = dass ein Nachlassen ihrer Anstrengungen für die eigene Sicherheit nicht verantwortet werden kann, solange keine greifbaren Beweise einer echten Entspannung vorliegen.

GENERALSTABSCHEF

Vischer

Oberstkorpskdt J.J. Vischer